Medienmitteilung
Bern, 6. Mai 2025

Von Arbeitgebern finanzierte Kinderbetreuungszulage: eine inakzeptable Entscheidung

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv kritisiert den Entscheid des Nationalrats scharf, eine von den Arbeitgebern finanzierte Kinderbetreuungszulage sowie eine Unterstützung der Kantone in Höhe von 200 Millionen Franken für den Ausbau von Betreuungsplätzen einzuführen. Dieser Eingriff in den Föderalismus ist inakzeptabel und belastet KMU unnötig.

Zahlreiche Kantone und Gemeinden haben bereits Lösungen für die familienergänzende Kinderbetreuung geschaffen, die ihren lokalen Bedürfnissen entsprechen. Der Eingriff des Bundes in diesen Bereich widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und schwächt die lokalen Kompetenzen.

Die Kosten dieser Betreuungszulage von über 600 Millionen Franken pro Jahr werden die Unternehmen stark belasten, ohne dass ein Nutzen für den Arbeitsmarkt nachgewiesen ist. Diese Zulage würde ohne Bedingungen an die Erwerbstätigkeit der Eltern gewährt und damit ungerechtfertigte Mitnahmeeffekte schaffen.

Der Bund soll nicht alles regeln – und die Arbeitgeber können nicht für alles bezahlen: Der sgv fordert den Ständerat deshalb auf, diese zentralistische, ineffiziente, wirtschaftlich fragwürdige und besonders für die KMU schädliche Vorlage zu verwerfen.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74
Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.